

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 44 (1950)

**Heft:** 11

**Artikel:** Weltrundschau : China greift ein ; Gestörte Pläne ; Tibet ; Die neue UNO ; Worte und Taten ; Der "deutsche Beitrag" ; Man rüttelt an Ketten ; Gespräch zu vieren? ; Unsere Hoffnung

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139406>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

veranlaßten Zwang, sich einer Sprache zu bedienen, die auch der Partner versteht, etwas aus der fatalen Selbstisolierung herauszukommen, in der er sich bei einer Beruhigung mit seiner herkömmlichen gesetzlichen oder gewissensmäßigen Begründung leicht befindet.

Wenn die Friedensbewegung sich zur Neutralität gegenüber beiden Machtpolen, zu einer wahrhaft evangelischen Begründung, zu einem Ernstnehmen der geschichtlichen Eigenart jedes Volkes und zum Willen durchringt, zunächst die Friedensbedrohungen des eigenen Kreises zu bekämpfen, dann wird sie stärker sein als ihre Gegner links und rechts.

Bruno Balscheit.

## WELTRUND SCHAU

**China greift ein** Die Niederlage der Nordkoreaner, so schrieben wir in unserer Oktober-Rundschau, sei nunmehr tatsächlich besiegt, «wenn nicht im letzten Augenblick die Chinesen oder gar die Russen eingreifen». Heute haben wir als vielleicht wichtigstes Ereignis der Berichtszeit die Tatsache zu verzeichnen, daß die Chinesen nun wirklich eingegriffen haben. Nicht offiziell zwar und mit nicht allzu starken Kräften (etwa 60 000 Mann; eine halbe Million Chinesen stünden immerhin in Reserve), wahrscheinlich auch mit begrenztem Kampfziel, aber doch so, daß der stürmische Vormarsch der Amerikaner und Südkoreaner dadurch plötzlich aufgehalten wurde und die sogenannten UNO-Truppen zeitweilig in eine gefährliche Lage kamen. Wiederum nicht eingegriffen haben die Russen, und zwar keineswegs bloß aus Vorsicht, um einen offenen Zusammenstoß mit den Amerikanern zu vermeiden, sondern weil tatsächlich — wie hier von Anfang an betont wurde — der ausländische Hauptinteressent am Gelingen des koreanischen Revolutionskriegs und jetzt an der Verhinderung des endgültigen Zusammenbruchs von Nordkorea das kommunistische China war und ist, während die Führung der Sowjetunion nach allem, was seither durchgesickert ist, dem nordkoreanischen Unternehmen eher kühl, ja mißtrauisch gegenüberstand.

Es war aber auch wirklich der letzte Augenblick, da China seinem nordkoreanischen Nachbarn und Schicksalsgenossen zu Hilfe eilen konnte. Denn mit der fast ohne Gegenwehr erfolgten Zurückwerfung der nordkoreanischen Heerestrümmer bis hart an die mandschurische Grenze hin, mit der Einschließung eines wesentlichen Teils dieser Truppen nördlich von Pyongyang und der Eroberung fast ganz Ostkoreas schienen die Amerikaner den Krieg tatsächlich bereits gewonnen zu haben. Das Ergebnis der bisherigen Operationen war, wie General MacArthur stolz feststellte,

«daß die Zahl der feindlichen Kriegsgefangenen in unserer Gewalt auf über 135 000 angestiegen ist, während die übrigen Ausfälle des Feindes sich auf über 200 000 Mann belaufen. Damit beträgt der Gesamtverlust des Feindes 335 000 Mann; auf diese Effektivstärke wurden die gesamten nordkoreanischen Streitkräfte geschätzt.» Man begreift angesichts dieses «glänzenden Erfolges» der Großschlächterei in Korea einigermaßen die Erbitterung des amerikanischen Oberkommandierenden über den chinesischen Gegenstoß ins koreanische Grenzgebiet hinein, der ihm die Früchte seines Sieges wieder zu entreißen oder doch wesentlich zu schmälern droht. Man muß aber entschieden protestieren, wenn MacArthur diesen Gegenstoß, den er selber bewußt herbeigeführt hat, in seiner Botschaft an die Vereinten Nationen vom 6. November mit widerlichem Pathos als «einen der flagrantesten Akte internationaler Gesetzlosigkeit, die je in der Geschichte vorgekommen sind», brandmarkt, übrigens auch ganz vergessend, daß einst der Abfall der nordamerikanischen Kolonien von England von den konservativen Briten gleichfalls als die schmählichste Gott- und Gesetzlosigkeit empfunden wurde, die jemals unter Menschen und Staaten erhört worden sei . . .

**Gestörte Pläne** Wie weit die chinesische Intervention zu gehen gewillt ist, erscheint vorerst noch nicht recht klar. Vielleicht hat sie nur zum Ziel, die Amerikaner und Südkoreaner von einer Besetzung der eigentlichen Grenzzone abzuhalten und insbesondere die gewaltigen Kraftwerke am Yalu, die einen großen Teil der stark industrialisierten Mandschurei mit Elektrizität versorgen, vor feindlichem Zugriff zu schützen. Möglicherweise dient sie aber auch dem Zweck, die Aufnahme des neuen China in die Organisation der Vereinten Nationen zu erzwingen, die ihr bisher unter amerikanischem Druck verweigert worden ist. Sicher ist jedenfalls, daß die Ausweitung des Koreakrieges, die als Folge des amerikanischen Eingreifens von Anfang an zu befürchten war und die man auf amerikanischer Seite auch offenkundig riskiert hat, nun tatsächlich eingetreten ist, und daß eine länger anhaltende Begegnung von Chinesen und Amerikanern auf den koreanischen Schlachtfeldern, verbunden mit einer planmäßigen Zerstörung der chinesischen Nachschubbasen, die Gefahr eines dritten Weltkrieges näher rücken müßte als je.

Natürlich haben im Blick auf diese Gefahr im westmächtlichen Lager sofort die Versuche eingesetzt, mit der Verantwortung für die neue Wendung der Dinge einseitig die «kommunistische Expansions- und Aggressionspolitik» zu belasten. Um so nötiger ist es, die Ereignisse im Fernen Osten in ihrem wirklichen Zusammenhang zu sehen und sich das Auge nicht durch Propagandanebel irgendwelcher Art trüben zu lassen. Halten wir darum vor allem unbeirrt fest, daß der nordkoreanische Einfall ins Südländ in Wahrheit kein «frevelhafter Angriff» eines selbständigen Nationalstaates auf einen anderen selbständigen Staat war, sondern ein Re-

volutionskrieg innerhalb eines und desselben Landes mit dem Zweck, das feudal-reaktionäre Regime, das unter amerikanischem Schutz im Süden weiterbestanden hatte, ebenfalls zu stürzen und dem bereits offen angekündigten gegenrevolutionären Krieg des Südens gegen den Norden zuvorzukommen. Die bewaffnete Intervention des Auslands in diesen inner-koreanischen Kampf stellt sich damit nur als Ausfluß jener allgemein-amerikanischen und westmächtlichen Politik dar, die seit 1946 nach vorgefaßtem Plan darauf ausgeht, der weiteren Ausbreitung des Kommunismus in der Welt und namentlich der kommunistisch geführten sozialen Revolution in Asien mit militärischer Gewalt entgegenzutreten und die Welt für die sogenannte freie Wirtschaft, das heißt für den kapitalistischen Imperialismus, offenzuhalten oder wiederzugewinnen. Sie sollte in diesem Sinne zunächst eine scharfe Warnung an die Sowjetunion sein<sup>1</sup>; sie zielte aber sodann gemäß den Absichten der amerikanischen Aktivistenpartei und ihres bewaffneten Armes, General MacArthurs, im besonderen auf China, das trotz der kostspieligen Unterstützung des verrotteten Kuomintang-Regimes durch die Vereinigten Staaten eben doch kommunistisch wurde, nun aber von Korea, Formosa und dazu Indochina aus erneut in die Zange genommen und für den amerikahörigen Tschiang Kai-shek zurückerober werden soll.

In Verfolgung dieses Ziels hat General MacArthur den Krieg in Korea absichtlich so geführt, daß das kommunistische China schließlich eingreifen mußte. Wie der «New Statesman», also ein Blatt, das den UNO-Krieg gegen Nordkorea guthieß, jetzt enthüllt (Nummer vom 11. November), ließen die Vereinten Nationen auf britische Anregung dem Oberbefehlshaber ihrer Truppen die dringende Weisung zukommen, sofern das militärisch irgend möglich sei, seinen Vormarsch an der nordkoreanischen Landenge einzustellen und so eine Berührung mit den chinesischen Streitkräften zu vermeiden, die sonst den Yalufluß überschreiten müßten, um die mandschurische Grenze abzuschirmen und die dort gelegenen wertvollen Kraftwerke zu schützen. Aber wiederum, wie im Fall Formosa, so stellt das Londoner Labourblatt fest,

«hat General MacArthur mit Vorbedacht die klar ausgedrückten Absichten seiner Vorgesetzten mißachtet. Syngman Rhee's Haftbefehle laufen jetzt in Nordkorea wie südlich des 38. Breitengrades, und die UNO-Kommission ist auf geheimnisvolle Weise verhindert worden, ihre Reise über den Stillen Ozean auch nur anzutreten. Auf diese Art ist die Friedensstiftung, welche die einzige Rechtfertigung für die Überschreitung des 38. Grades war, tatsächlich vereitelt worden. Die Führung der militärischen Operationen weist dieselbe flagrante Mißachtung aller Richtlinien auf. Nachdem MacArthur das Ende des nordkoreanischen Widerstandes nach der Schlusseinkesselung bei Pyongyang verkündet hatte, befahl er den südkoreanischen und UNO-Truppen, die Landenge zu überschreiten und die drei Nordprovinzen bis unmittelbar an die chinesische und die russische Grenze hin zu besetzen. Da es nach seinem eigenen triumphierenden Ein-

<sup>1</sup> «Durch den militärischen Sieg über die nordkoreanischen Kommunisten haben die Westmächte Rußland einen schweren Prestigeplatz verursacht. . . . Die Angst vor der Unwiderstehlichkeit und Unaufhaltsamkeit der kommunistischen Expansion ist durch den Koreakrieg verringert worden.» («Volksrecht» Nr. 249.)

geständnis keine weiteren nordkoreanischen Einheiten mehr zu vernichten gab, war das reine Herausforderung und hat denn auch den unvermeidlichen Zusammenstoß mit chinesischen Truppen bewirkt... Wenn wir MacArthurs Rhetorik in gewöhnliches Englisch übersetzen, so heißt das, daß er seinen Weisungen trotzte, einen militärischen Zwischenfall an der chinesischen Grenze hervorrief und so jene Ausweitung des Krieges riskierte, welche die Vertreter der britischen Staatengemeinschaft in Lake Success, mit weitgehender Unterstützung von seiten Achesons, so unermüdlich zu vermeiden gesucht haben.

Wir sind nicht überrascht, daß sich MacArthur so verhalten hat. Sein Handeln steht in Einklang mit seinem Charakter und seiner deutlich bekundeten Entschlossenheit, Syngman Rhee und Tschiang Kai-shek wieder in ihre Macht einzusetzen, selbst um den Preis, daß er damit sein Land in einen Krieg mit China verwickelt.»

Der «New Statesman» scheut sich nicht, es offen auszusprechen: «General MacArthur scheint darauf auszugehen, den Koreakrieg in einen Weltkrieg zu verwandeln.» Das ist ihm bisher zum Glück nicht gelungen. Daß er aber eine solche Wendung kaltblütig ins Auge faßt, steht ganz unzweifelhaft fest; er ist eben längst davon überzeugt, daß der Kampf um die Vorherrschaft in Asien letzten Endes mit den Waffen in der Hand entschieden werden müsse. Einstweilen arbeiten MacArthur und seine Hintermänner freilich auch sonst unverzagt am Bau des amerikanischen Fernost-Imperiums weiter. Unter allen Umständen soll im Rahmen dieser Politik Formosa von China abgetrennt werden, sei es offen als abhängiger amerikanischer «Schutzstaat», wie MacArthur will, sei es als nominell unabhängiger Staat im Range des philippinischen Satelliten der USA und auf Grund eines feierlichen Beschlusses der UNO, wie das die amerikanische Regierung lieber sähe. In der Praxis kämen natürlich beide Lösungen so ziemlich auf das gleiche hinaus, wie auch der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2209) zugibt:

«Der Plan der (amerikanischen) Regierung, das Schicksal Formosas nur durch die Vereinten Nationen entscheiden zu lassen, muß ja beinahe zwangsläufig zu dem von MacArthur gewünschten Ergebnis führen, wenn der General auch wahrscheinlich eine direkte amerikanische Lösung des Problems einer Lösung durch die Vereinten Nationen vorgezogen hätte.»

Soll auch die indochinesische Frage an die UNO gewiesen werden? Es gibt Stimmen in Frankreich, die sich entschieden dafür aussprechen, da sich in Indochina infolge der neuen, erfolgreichen Offensive des Viet Minh mehr und mehr die gleiche Lage herausbilde, die in Korea das Eingreifen der Vereinten Nationen erforderlich gemacht habe. Die vorherrschende französische Meinung beharrt jedoch darauf, daß Frankreich seinen indochinesischen Kolonialkrieg in der eigenen Hand behalten müsse, wenn auch mit großzügiger Unterstützung durch Amerika, während eine dritte, vorerst noch schwache Gruppe bereit wäre, Indochina kurzerhand MacArthur zu übergeben, der dann dort schon nach seiner Art Ordnung machen werde... MacArthur selber soll große Lust haben, als nächste Aufgabe die Unterdrückung der nationalen und sozialen Revolution auch in Indochina zu übernehmen, wiederum ohne Rücksicht auf die Gefahr weiterer internationaler Verwicklungen. Gleichzeitig halte er, nach Be-

richten aus Tokio, «den Augenblick des Sieges über die nordkoreanischen Kommunisten für die Proklamation einer sogenannten Pazifikdoktrin durch den (amerikanischen) Präsidenten für günstig, durch die die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten klargemacht würde, jedem asiatischen Staat gegen den Kommunismus beizustehen». («Neue Zürcher Zeitung» Nr. 2209.)

Durch all diese schönen Pläne haben nun die Chinesen mit ihrer Hilfe an Nordkorea (und schon vorher an die Freiheitsbewegung in Indochina?) einen Strich gemacht. Sie haben damit einfach aus der offen betätigten Feindseligkeit der Vereinigten Staaten gegenüber der chinesischen Revolution und ihrem Staat die nach ihrer Auffassung gegebene Folgerung gezogen. Sie wollen der Gefahr, die sie von Korea aus gegen das neue China aufsteigen sehen, noch rechtzeitig begegnen und hoffen wohl, daß sich der amerikanische Interventionskrieg in Korea so lange hinziehen werde, bis die maßgebenden UNO-Mächte die Hand zu einer Lösung der ostasiatischen Fragen, eingeschlossen die der Anerkennung Chinas durch die Vereinten Nationen, bieten würden, die auch für sie annehmbar wäre.

**Tibet** Sicher nicht ohne Zusammenhang mit dem Kampf um Korea hat sich aber darüber hinaus die Pekinger Regierung entschlossen, ein paar ihrer Armeen auch in Tibet einzmarschieren zu lassen, das bisher nur lose mit dem eigentlichen China verbunden war, und das weltabgeschlossene Hochland in aller Form fest an das verjüngte Reich der Mitte anzuschließen. Darob natürlich neue Entrüstung im Westen («Seht ihr die blutige Hand Stalins?») und deutliche Unruhe auch im benachbarten Indien. Vergegenwärtigen wir uns aber doch auch hier ganz nüchtern die Tatsachen und stellen wir fest:

1. Tibet ist auf allen gebräuchlichen Landkarten als Bestandteil Chinas eingezeichnet, wie etwa Sinkiang oder die Innere Mongolei. Ein Vertrag, der 1914 in Simla von Vertretern Tibets, Chinas und Britisch Indiens unterzeichnet wurde, hat denn auch die Oberhoheit Chinas über Tibet förmlich anerkannt, in der Meinung freilich, daß die Tibetaner ihre inneren Angelegenheiten selber ordnen könnten, und der damalige britische Außenminister Eden hat 1943 in einer Note an die chinesische Regierung diese Anerkennung ausdrücklich bestätigt. China hat zwar den Vertrag von Simla nie ratifiziert, weil es eine weitergehende Oberhoheit über Tibet beanspruchte, aber von einem Angriff eines fremden Staates auf Tibet kann bei dem Einmarsch chinesischer Truppen gleichwohl keine Rede sein, nicht einmal im Sinne des Angriffes, wie er von Amerika und der UNO im Falle Korea konstruiert wurde.

2. Tibet ist ein Land von phantastischer Rückständigkeit: geistig, wirtschaftlich, sozial. 30 Prozent seiner männlichen Bevölkerung sind buddhistische Priester und Mönche. Seine herrschende Oberschicht sind die

weltlichen und geistlichen Grundbesitzer, die sich drei Viertel des Arbeitsertrags der Bauern und Handwerker aneignen, so daß das gewöhnliche Volk in einer auch für Asien außerordentlichen Armut, Schmutzigkeit und Unwissenheit lebt. Mit dieser ganzen gesellschaftlichen Ordnung muß einmal aufgeräumt werden, und das ist nach der Lage der Dinge nur durch Eingriff von außen her möglich. Wenn sich das neue China dieser Aufgabe annimmt, so hat es das sittliche und geschichtliche Recht unzweifelhaft auf seiner Seite.

3. Während mehr als hundert Jahren hat Großbritannien versucht, von Indien aus Tibet zu durchdringen und es von China zu trennen. Mit Ende des zweiten Weltkrieges ist auch hier Amerika an seine Stelle getreten, und es ist kaum zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die amerikanische Politik auch Tibet als eines derjenigen Länder ins Auge faßt, die durch den Einsatz militärischer und wirtschaftlicher Machtmittel vor dem «Würgegriff des totalitären Kommunismus» geschützt und in den Einflußbereich der «freien Nationen» gebracht werden müßten. Die chinesische Volksrepublik wahrt nur ihre eigenen Lebensinteressen, wenn sie verhindern will, daß sie eines Tages vor eine fertige Tatsache gestellt und aus Tibet ein zweites Formosa gemacht wird. Und die Westalliierten können ihr daraus im Ernst kaum einen Vorwurf machen, am wenigsten Amerika, das behauptet, seine Landesgrenzen an der Elbe und am Bosporus, in Persien und am Gelben Meer verteidigen zu müssen.

Und auch Indien hat kein Recht, sich bedroht zu fühlen. Gewiß kommt mit der Herstellung der vollen Oberhoheit Chinas über Tibet der Kommunismus Indien wesentlich näher, zumal auch im Pufferstaat Nepal eine undurchsichtige Revolutionsbewegung ausgebrochen ist und der bisherige König sich nach Indien geflüchtet hat. Aber die Regierung Nehru und die herrschende Oberschicht Indiens haben ja ein gutes Mittel, um das Übergreifen des Kommunismus auf ihr Land zu verhindern: die Behebung des furchtbaren Massenelends, das dort trotz der Befreiung von der Fremdherrschaft nach wie vor besteht. Wenn sie das nicht fertigbringen, so müssen sie eben auch die Folgen tragen. Keinesfalls aber dürfen sie die Chinesen hindern, ihr eigenes Kernland und ihr neues Regime durch die förmliche Angliederung Tibets zu schützen. Sie dürfen sich auch nicht beklagen, daß die chinesische Regierung auf die in Aussicht genommenen «Verhandlungen» über die Neuregelung des Verhältnisses zwischen China und Tibet verzichtet und Indien dabei gröblich vor den Kopf gestoßen habe. Die indische Regierung hat sich das durchaus selber zuzuschreiben, hat sie sich doch von Anfang an auf die Seite der gegenrevolutionären Intervention in Korea gestellt, mit der Begründung natürlich, daß diese Intervention rein pazifistische Ziele verfolge. Was MacArthur und die andern Pazifisten für Ziele hatten, sehen jetzt aber vielleicht auch diejenigen, die es zu Beginn des Koreakrieges nicht sehen wollten. Die Chinesen sehen es sicher und wissen auch, daß die «Vermittlertätigkeit» Indiens unter diesen Umständen scheitern mußte. Was bleibt, das ist die

Solidarität Indiens mit den Westmächten — und Chinas «brüsk» Behandlung der indischen Regierung ist nur die Antwort darauf. Auf einen groben Kloß, so meint es wohl, gehöre ein grober Keil. Wer das — wie wir es selber tun — unschön findet und davon eine weitere Annäherung Indiens an die Westmächte befürchtet, der muß vor allem Indien tadeln, dessen großbürgerliche Oberklasse freilich eine sehr begreifliche Sympathie mit dem Antikommunismus der Westmächte empfindet, trotz deren Einmischung in Korea.

**Die neue UNO** Wie die Westmächte auf die chinesische Abwehr- und Vorbeugungsaktion antworten werden, steht noch dahin. Chinas Eingreifen in Korea ist zwar bereits bei der UNO anhängig gemacht worden, aber die Pekinger Regierung hat es abgelehnt, der an sie gerichteten Aufforderung zur Entsendung eines Vertreters an die entsprechende Sitzung des Sicherheitsrats Folge zu leisten, weil sie vor den Vereinten Nationen nicht in der Rolle des Angeklagten (im Sinne der «historischen» Botschaft MacArthurs vom 6. November) erscheinen will, sondern eine freie Aussprache über alle China angehenden Angelegenheiten, eingeschlossen das amerikanische Eingreifen in Korea und auf Formosa, verlangt und überdies an Stelle des nicht mehr existierenden Kuomintang-China in die UNO aufgenommen zu werden wünscht. Ob auch aus dem Fall Tibet eine «Bedrohung des Weltfriedens» gemacht werden kann, ist trotz dem Hilfsgesuch der bisherigen Regierung von Lhasa ungewiß, zumal nach der zu erwartenden völligen Besetzung des Landes durch die Chinesen ein militärisches Eingreifen der Vereinten Nationen nicht mehr in Frage kommt.

Inzwischen ist vorsorglicherweise die Organisation der Vereinten Nationen doch so umgestaltet worden, daß allfällige neue «Friedenskriege» ohne Behinderung durch ein russisches Veto ins Werk gesetzt werden könnten. Die auf amerikanisches Betreiben vorgenommene Reform der UNO-Satzung weist tatsächlich, im Gegensatz zur bisherigen Regelung, die Hauptrolle bei allen Maßnahmen zur Friedenswahrung der Generalversammlung zu, während der Sicherheitsrat in den zweiten Rang versetzt wird, ja nötigenfalls einfach ausgeschaltet werden kann. Der Sinn der Neuerung ist klar: In der Generalversammlung, die mit einfachem Mehr beschließt, haben die Westmächte und ihre Gefolgsstaaten das erdrückende Übergewicht (nur stimmenmäßig natürlich, nicht in Hinsicht auf ihre Bevölkerungszahl) und können darum den Ostblock in jedem beliebigen Fall ausmanövrieren, während im Sicherheitsrat, dank dem seinerzeit von allen Großmächten verlangten Vetorecht, eine solche Übermehrung unmöglich ist. Die soeben beschlossene Verfassungsreform stürzt also einen der tragenden Pfeiler der bisherigen Organisation der Vereinten Nationen um, den Grundsatz nämlich, daß wichtige Beschlüsse auf dem Wege der Verständigung zwischen den vier Großmächten gefaßt werden müssen und die Vergewaltigung einer von ihnen durch

Mehrheitsbeschuß ausgeschlossen sein soll. Damit ist es jetzt aus, zum Teil durch Schuld der Sowjetunion selber, die vom Vetorecht auch in nicht lebenswichtigen Fragen Gebrauch gemacht hat, im wesentlichen aber doch darum, weil die Sowjetunion in Angelegenheiten, die nun wirklich ihre Lebensinteressen berührten, durch ihren Einspruch die amerikanisch-westmächtlichen Pläne zu vereiteln imstande war, beispielsweise in der Frage der Kontrolle der Atomkraft<sup>2</sup>. Die UNO ist nunmehr auch der Form nach, was sie mindestens seit ihrem verhängnisvollen Koreabeschluß schon im Wesen war: ein Werkzeug der amerikanischen Machtpolitik für den Kampf gegen die Sowjetunion und gegen die soziale Umwälzung allüberall in der Welt. Oder, wie Max Beer in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2211) beschönigend schreibt: Die Vereinten Nationen sind, wie 1945, «wiederum ein Kriegsbündnis, aber geboren diesmal nicht im Taumel des Sieges und infolgedessen nicht in der Illusion bequemer künftiger Stabilität, sondern *im Anfangsstadium eines rauhen Kampfes um den guten Frieden*» — des amerikanischen Friedens natürlich, der einer teilweise widerstrebenden Welt, vor allem der kommunistischen Staatenwelt, aufgezwungen werden soll. Und damit dieser Sachverhalt ja recht deutlich werde, ist auch Trygve Lie in seinem Amt als Generalsekretär der UNO ausdrücklich als der Mann Amerikas für weitere fünf Jahre bestätigt worden, nicht allein gegen die Stimme der Sowjetunion, sondern auch gegen die bessere Einsicht der meisten andern Mitglieder der Vereinten Nationen, die sich zuerst für den Mexikaner Padillo Nervo eingesetzt hatten, dann aber dem amerikanischen Druck nachgaben. Mr. Lie ist so diesmal wirklich «Made in America» — mit dem Auftrag, den «rauen Kampf um den guten Frieden» zu organisieren . . .

**Worte und Taten** Dieser Kampf für den «guten Frieden», so erklärte Präsident Truman am 6. November in einer Wahlrede, falle zusammen mit dem Kampf «für die revolutionären Grundsätze der menschlichen Freiheit und der politischen Gleichberechtigung» und richte sich vornehmlich gegen den «kommunistischen Imperialismus», diese «reaktionäre Bewegung, die die Freiheit verschmäht und der Todfeind der persönlichen Freiheitsrechte ist». Wie ernst

<sup>2</sup> Im Pariser «Esprit» (Novemberheft), dessen Leitung übrigens bald nach Mouniers Tod der Basler Professor für französische Literatur, Albert Béguin, übernommen hat, stellt André Berthelot, der Chef der Abteilung für Kernphysik im französischen Kommissariat für Atomkraft, unzweideutig fest, daß die Russen den amerikanischen Plan für die Kontrolle der Atomkraft nicht annehmen konnten. «Es ist offenkundig», so schreibt er, «daß ein Land, das einer internationalen Körperschaft einen Teil seiner nationalen Souveränität übertragen und ihr die Aufgabe anvertrauen soll, die Zahl und den Standort der Atomkraftwerke auf seinem eigenen Gebiet festzusetzen, die Sicherheit haben muß, daß sich in dieser Körperschaft nicht eine ihm feindselige Mehrheit bildet. Ein Land wie die Sowjetunion . . . konnte offenkundig nicht umhin, zu befürchten, daß die Atomkraftbehörde (der Vereinten Nationen) sich in einen Spionageorganismus zum Nutzen der Westmächte verwandeln würde. Es konnte sich nicht mit

es den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten mit diesen «revolutionären Grundsätzen» ist, darauf werfen zwei Geschehnisse ein Licht, die gerade in den letzten Wochen zu verzeichnen waren. Das eine ist die nationale Revolte in Puerto Rico, die den Hintergrund des merkwürdigen Anschlags auf Präsident Truman bildet. (Daß in den Taschen der Attentäter, außer Briefen ihrer heimischen «Auftraggeber», nicht auch noch Mitgliedskarten der Kommunistischen Partei gefunden wurden, ist eine unbegreifliche Nachlässigkeit der sonst doch so tüchtigen amerikanischen Bundespolizei.) Die Revolte in der mittelamerikanischen Inselrepublik ist schnell niedergeschlagen worden; ihre Ursachen bestehen indessen unverändert weiter und dürften sich in Zukunft eher noch verstärken. Denn Puerto Rico ist ja tatsächlich nichts anderes als eine unfreie nordamerikanische Kolonie, die von den Vereinigten Staaten nach ihrem Krieg mit Spanien — einem typisch imperialistischen Krieg — aus militärischen Gründen annexiert wurde und seither wirtschaftlich besonders arg ausgebeutet wird. Das Volk von Puerto Rico verarmt denn auch zusehends. Bei einer Bevölkerung von 2,2 Millionen zählt man gegenwärtig über 300 000 Arbeitslose (was der doppelten Anzahl in der Schweiz entspräche). 300 000 Kinder im schulpflichtigen Alter (von etwa 690 000) bleiben ohne jeden Unterricht; der Rest erhält nur eine sehr mangelhafte Schulung. Drei Viertel der Bevölkerung sind schlecht bekleidet und behaust; die Gesundheitsverhältnisse sind vielfach ganz erbärmlich. Das sind Tatsachen, die mindestens in den Vereinigten Staaten nicht unbekannt sind; sie wurden der Volksvertretung erst vor wenigen Monaten durch den Abgeordneten Marcantonio in Erinnerung gerufen, dessen Rede wir sie entnehmen. Aber natürlich hört man solch unbequeme Wahrheiten nicht gern (Marcantonio ist denn auch bei den jüngsten Wahlen in New York prompt weggewählt worden); man zieht es vor, sich an Freiheitsphrasen zu berauschen, die einen selbst zu nichts verpflichten, und die bösen Russen des Imperialismus zu bezichtigen — die gleichen Russen, die in wenigen Jahrzehnten ihre früheren asiatischen Kolonien auf eine Höhe gebracht haben, wie keine einzige andere Macht sie in ihren Kolonien jemals erreicht hat.

Das andere Ereignis, das einen für sich selbst sprechenden Kommentar zu den Freiheitslosungen der Westmächte bildet, ist der Beschuß der

---

der Aussicht abfinden, daß die Entwicklung der Atomkraft in der Sowjetunion — einem Lande, das unendlich weniger reich an Kraftquellen als die Vereinigten Staaten ist und in dem diese besondere Form von Kraftherzeugung eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der armen Gegenden spielen könnte — einer Körperschaft überlassen würde, die von möglicherweise feindlichen Mächten beherrscht wäre.» Jede unbefangene Prüfung der Frage der Atomkraftkontrolle wird zum gleichen Ergebnis kommen. Wie lange wird es aber wohl noch gehen, bis einmal die Behauptung aus der internationalen Diskussion verschwindet, die Russen hätten den westmächtlichen Atomkontrollplan abgelehnt, weil sie eben überhaupt keine Kontrolle über ihre Atomkraftherzeugung wollten und sich freie Hand für einen Atombombenangriff auf den Westen vorbehalten möchten?

Vereinten Nationen, den seinerzeit über Franco-Spanien verhängten diplomatischen Bann aufzuheben, also gegen die Wiederernennung von Gesandten bei der Madrider Regierung keinen Einspruch mehr zu erheben, und überdies Spanien zu den Sonderorganisationen der UNO (beispielsweise zu der Organisation für Nahrungsmittel und Landwirtschaft) zuzulassen. Wie lange es gehen wird, bis Spanien zum Vollmitglied der Vereinten Nationen erhoben wird, bleibt abzuwarten. In den Kreisen des spanischen Regierungfaschismus ist die gute Kunde aus Amerika natürlich mit Freuden aufgenommen worden, und die Aussöhnung der UNO mit Franco-Spanien (das man eben schon aus strategischen Gründen für den Kampf gegen den Ostblock braucht) ist ja auch wirklich bezeichnend für die Aufrichtigkeit des Anspruches der «freien Nationen», daß es ihnen in erster und letzter Linie um die Niederrangung reaktionärer Tyrannei und unmenschlichen Staatsabsolutismus gehe, besonders wenn man sie mit dem fortdauernden Ausschluß des neuen China aus den Reihen der Vereinten Nationen zusammenhält. Mit nur zuviel Recht erinnert darum A. del Vayo in der Neuyorker «Nation» daran, daß Franco im Dezember 1936 der Niederlage ganz nahe war und nur durch das Eintreffen von weiteren 20 000 Italienern gerettet wurde. «Im Jahre 1940», so bemerkt der frühere Außenminister der spanischen Republik, «erklärte Hitler, ohne deutsche und italienische Hilfe ,gäbe es heute keinen Franco'... Die Geschichtsschreiber sollten in einem Jahrzehnt nicht feststellen müssen, daß es ohne diplomatische Hilfe Amerikas im Jahr 1950 heute keinen Franco und kein faschistisches Regime gäbel!»<sup>3</sup>

**Der „deutsche Beitrag“** Aber was will man? Die gleiche Logik, die dem klerikal-faschistischen Spanien den Weg zum Eintritt in die Familie der «freien Völker» ebnet, macht auch das reaktionär-nationalistische Westdeutschland zum heftig umworbenen Bundesgenossen der alliierten Mächte in ihrem Kampf für die Rettung der Demokratie. Gerade gegenwärtig läßt ja insbesondere die amerikanische Regierung alle Minen springen, um die Leistung eines kräftigen deutschen Beitrags zur Verteidigung des Abendlandes sicherzustellen. Der Grund für dieses Drängen ist unschwer zu erkennen. Er

<sup>3</sup> Wie bereitwillig die Westmächte ihre freiheitlichen Überlieferungen über Bord werfen, wenn es (wirklich oder angeblich) gegen den Kommunismus geht, lehren auch die kleinlich-gehässigen Polizeimethoden, mit denen die britische Labourregierung den Sheffelder Weltkongreß der Friedenskämpfer unmöglich gemacht hat (massenhafte Verweigerung der Einreise auswärtiger Delegierter, Verbot der zuerst bewilligten Landung von Sonderflugzeugen mit östlichen Kongreßteilnehmern usw.). Dabei waren nach Sheffield auch viele durchaus nicht kommunistische Persönlichkeiten eingeladen worden mit Zusicherung voller Redefreiheit — ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem letzjährigen Kongreß in Paris. Notwendigkeit der Fernhaltung «unerwünschter Elemente»? Schön — aber dann soll man wenigstens aufhören, über den «eisernen Vorhang» zu schnöden, den die Oststaaten herabgelassen haben, um *ihrerseits* «unerwünschte Elemente» fernzuhalten.

liegt nicht in einer plötzlich erwachten Liebe zu den lange verkannten deutschen Brüdern; er liegt in dem Wunsch, den Umfang des eigenen Einsatzes in Europa nach Möglichkeit zu verringern. Mit den Worten des «New Statesman» (28. Oktober):

«Ohne irgendeinen deutschen Beitrag wäre dieser Einsatz höchst unbehaglich hoch. Mit ihm könnte die amerikanische Armee in Europa so niedrig gehalten werden, daß sie im Grunde nur symbolischen Charakter hätte. Jeder Engländer, der sich an unser eigenes Verhalten von 1918 bis 1939 erinnert, wird dieses amerikanische Widerstreben gegen den Unterhalt einer stehenden Armee in Europa zum mindesten verstehen. Wir müssen alle schuldbewußt zugeben, daß die einleuchtenden Gründe, die man jetzt in Washington vorbringt, wonach die Deutschen wirklich sehr anständige Kerle seien, jahrelang auch von britischen Unterhändlern angeführt wurden, als es galt, unseren Verpflichtungen gegenüber Frankreich auszuweichen. Aber Schuldbewußtsein ist noch keine Entschuldigung dafür, daß wir die gleiche Selbsttäuschung nachsehen, wenn sie von einer andern Insel, 3000 Meilen weiter draußen im Atlantik, begangen wird.»

In zwei Weltkriegen mußte die Neue Welt eine Armee nach Europa schicken, um das Gleichgewicht der Alten wiederherzustellen. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ... würde durch eine großzügige Verstärkung der westlichen Armeen durch amerikanische Truppen vermindert. Den Amerikanern zu erlauben, durch die Bewaffnung der Deutschen dieser Verantwortung auszuweichen, heißt eine Katastrophe heraufbeschwören. Carlo Schmidt, der fähigste Mann der deutschen Sozialdemokraten, hat das letzten Samstag ziemlich brutal ausgesprochen, als er bemerkte, die Deutschen würden sich eher kampflos bolschewisieren als für einen Krieg ausrüsten lassen, den sie möglicherweise nicht gewinnen könnten. Die Bedingung für die deutsche Wiederaufrüstung ist tatsächlich die Anwesenheit einer kolossalen amerikanischen Armee, welche die Deutschen vor den Folgen der Aufrüstung (nämlich einem aussichtslosen Krieg mit Rußland. H. K.) schützen soll. Nichts könnte die Torheit von Englands grundsätzlichem Einlenken so klar enthüllen wie die Aufzeigung dieses Widersinns, der dem amerikanischen Vorschlag innewohnt.»

Daß die Regierung Adenauer ihrerseits dem amerikanischen Begehrungen nur allzu gern stattzugeben bereit ist, versteht sich von selbst. Sie knüpft daran allerdings zwei Bedingungen, die von Washington und London auf dem Papier offenbar auch schon angenommen worden sind: Erstens sollen die alliierten Streitkräfte in Europa auf eine Stärke gebracht werden, die jede Gefahr eines russischen Einfalls in Westdeutschland ausschließe. (Die deutsche Sozialdemokratie verlangt, daß diese Sicherheit schon *vor* der Leistung irgendeines deutschen Beitrags geboten werde, in der kaum irrgen Vermutung, daß die Westmächte ja doch niemals imstande sein würden, eine der russischen überlegene Armee in Europa zu unterhalten, die erlauben würde, auch den Bodenkrieg von vornherein offensiv zu führen.) Zweitens soll das deutsche Truppenkontingent einer künftigen westeuropäischen Gesamtarmee mit genau den gleichen Rechten und Pflichten eingegliedert werden wie die Kontingente der anderen Mitglieder des Westbundes. Das heißt: die politische und militärische Souveränität Westdeutschlands muß im vollen Umfang wiederhergestellt werden; insbesondere soll Westdeutschland nicht bloß Truppeneinheiten in Bataillonsstärke zu stellen haben, sondern ganze Divisionen mit eigenen Generälen. (Man rechnet vorläufig mit etwa zehn Divisionen, also mit einer westdeutschen Armee von rund 250 000 Mann,

die über starke Panzerverbände und eine «bescheidene» Luftwaffe verfügen würde.)

Die Militärkreise gehen noch weiter und fordern die «unbedingte Gleichstellung der früheren Armeeoffiziere und anderen Militärbeamten mit den Zivilbeamten», also praktisch die Gewährung voller Pensionen an sämtliche früheren Hitleroffiziere, eingeschlossen die SA- und SS-Schlächter. Die Deutschen haben ja auch tatsächlich keinen Grund, mit ihren Forderungen irgendwie bescheiden zu sein, hören sie doch jetzt alle Tage, wie dringend notwendig die Amerikaner und Engländer sie brauchen. Warum also deren Zwangslage nicht dazu ausnützen, um aus ihnen so viele Zugeständnisse in der Richtung auf die volle nationale Wiedererhebung Alldeutschlands herauszupressen, als nur immer möglich ist?

Gerade vor solchen Konsequenzen einer deutschen Aufrüstung graut es aber den Franzosen. Und zwar den Franzosen aller Volksschichten und politischen Bekenntnisse, ausgenommen etwa die alten und neuen Vichy-leute, die noch immer «lieber Hitler als Stalin» wählen würden. Der allgemein-französischen Gefühlslage Rechnung tragend, hat daher die Regierung Pleven einen neuen Vorschlag in die Debatte geworfen, der freilich in Amerika und auch in England höchst unfreundlich aufgenommen worden ist. Begreiflich, will er doch die Leistung des «deutschen Beitrages», der ohnehin nicht die Aufstellung ganzer Divisionen umfassen dürfe, von der Schaffung einer regelrechten westeuropäischen Einheitsarmee mit eigenem Verteidigungsministerium — und das heißt von der Organisierung der Vereinigten Staaten von Europa — abhängig gemacht wissen, so wie er auch die vorgängige Verwirklichung des Schumanplanes fordert, der bekanntlich die westeuropäischen Eisen- und Stahlindustrien zusammenlegen will.

Ein bißchen viel auf einmal, wirklich! England und Amerika sehen sich denn auch vor eine von ihrem Standpunkt aus schwierige Wahl gestellt. Entweder tragen sie den bisherigen französischen Befürchtungen Rechnung und verweigern der kommenden deutschen Militärmacht die volle, gleichberechtigte Entfaltung — dann machen die Deutschen nicht mit, die man eben sofort dabei haben will, nicht erst nach Jahren, wenn (vielleicht) der Plevenplan verwirklicht sein wird. Oder aber sie setzen sich über die französischen Gefühle hinweg und rüsten Westdeutschland gemäß den deutschen Bedingungen auf — dann wird früher oder später, trotz allen Vorsichtsmaßnahmen, eine neue deutsche Nationalarmee dastehen, die in Mittel- und Westeuropa der entscheidende Machtfaktor sein wird.

Für Frankreich aber stellt sich die Frage so, ob man — wie es der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 2358) im Grunde ganz zutreffend formuliert — «die mit der Unterzeichnung des Atlantikpaktes eingeschlagene politische Richtung bis zu den äußersten Konsequenzen verfolgt, Deutschland als Bundesgenossen aufnimmt, auch Franco-Spanien rehabilitiert und den Ausbruch eines bewaffneten Kon-

fliktes mit Rußland jederzeit in Kauf nimmt — kurz, ob man den von Truman und Acheson vorgezeichneten, von Attlee und Bevin gutgeheissenen Kurs mitmacht oder einen Notausgang offenhält, der zu einem Arrangement oder einer Art Waffenstillstand mit den Sowjets führen könnte». Mit anderen Worten: Weiterrüsten bis zum offenen Krieg, oder doch noch Verständigung und Abrüstung, solange es Zeit ist — das ist jetzt die Frage, die sich hinter dem Ringen um den «deutschen Beitrag» verbirgt.

**Man rüttelt an Ketten** Käme es allein auf die Regierungen an, so könnte die Antwort auf die Schicksalsfrage Europas nicht zweifelhaft sein. In den Staatskanzleien der Westmächte ist man fest entschlossen, den einmal gewählten Kurs bis zum bitteren Ende weiterzuverfolgen. Auch in Frankreich. Denn der Plevenplan trägt doch zu sehr den Stempel der aus dem Ärmel geschüttelten Verlegenheitslösung, als daß man ihn wirklich ernst nehmen könnte. Der französische Widerstand gegen die deutsche Aufrüstung ist nur das letzte Sichaufbäumen des Pferdes vor dem Sprung in den Abgrund, von dem es genau weiß, daß es ihn unter dem unerbittlichen Sporendruck des Reiters ja doch machen muß. Und wie sehr Frankreich auch militärpolitisch — nicht nur wirtschaftlich, durch die Marshallhilfe — von Amerika abhängig geworden ist, das macht gerade auch sein jüngstes in Washington getroffenes Abkommen mit den Vereinigten Staaten eindeutig klar. Wir lassen wiederum mit Absicht die «Neue Zürcher Zeitung» reden, die sich (in Nummer 2207) aus Paris melden läßt:

«Für ein einziges Rüstungsjahr gewähren die Vereinigten Staaten der französischen Regierung Subventionen und Lieferungen, die gegen 1000 Milliarden Francs ausmachen, wahrscheinlich sogar diese Riesensumme überschreiten werden. Die amerikanische Spende ist reichlich zweieinhalbmal so groß wie das gesamte französische Militärbudget für das Jahr 1950.» Man gelangt so «zu dem außerordentlichen, überraschenden Bild, daß die Armeelasten einer Großmacht zu zwei Dritteln von einem andern Staate getragen werden. Jetzt ist dafür gesorgt, daß die Aufrüstung Frankreichs ruckartig in Bewegung gerät.» (!)

Es liegt auf der Hand, so fügt der Korrespondent hinzu, «daß die Vereinigten Staaten ihre finanziellen Opfer für Frankreich nicht ohne Bedingungen und Klauseln gewähren. Die weitaus wichtigste besteht darin, daß die französische Regierung ihren Widerstand gegen die Aufstellung deutscher Divisionen aufgibt. Offenbar gibt es für Paris keine freie Wahl, da ohne amerikanische Unterstützung die französische Aufrüstung Stückwerk bleiben würde und an der Heranziehung der Deutschen zu einer militärischen Anstrengung, die von elf Mitgliedern des Atlantikpakts bejaht wird, nicht mehr zu rütteln ist.»

Die amerikanische Vormundschaft erstreckt sich so weit, daß man das französische Volk und seine Vertretung über diese Dinge überhaupt nicht mehr befragt. Die Aussprache in der Nationalversammlung, so stellt der erwähnte unverdächtige Zeuge fest, «ändert nichts daran, daß der Plan, das Parlament zum Richter über die endgültige Haltung der französischen Regierung in den Neuyorker Konferenzen zu machen, in der Versenkung verschwunden ist».

Was braucht es noch mehr? Die französische Regierung und die gesellschaftliche Klasse, die hinter ihr steht, ist auf Gedeih und Verderb an Amerika und seine herrschende Schicht gekettet. Wie sich das französische Volk dazu stellt, das ist freilich eine andere Frage. Vielmehr: Es ist keine Frage, daß sich die Mehrheit der Franzosen innerlich gegen die verhängnisvolle Politik der Regierung auflehnt. Bei den Kommunisten, die immerhin 30 Prozent der Wählerschaft auf ihrer Seite haben, versteht sich das von selbst. Aber auch in den Reihen der Sozialisten fragt man sich, wie der Beschuß ihrer letzten Parteivorstandstagung anzeigt, mit Sorge, wo Frankreichs gegenwärtiger Weg schließlich enden solle. (Es ist kein Zufall, daß die Regierung es dem «Sozialisten» Moch überlassen hat, den Plevenplan in Washington zu verteidigen.) Ähnliche Empfindungen herrschen bis tief in die Partei der katholischen Volksrepublikaner hinein; ja auch auf der konservativ-nationalistischen Rechten fehlt es nicht an Menschen, die, wie Louis Marin, bei allem Antikommunismus einer Zusammenkoppelung mit dem sichtlich unbekehrten und unbelehrten Deutschland gegen die Sowjetunion instinktiv widerstreben. So entspricht es gewiß einer weitverbreiteten Unruhstimmung im französischen Volk, wenn Maurice Fontaine im «Socialiste Chrétien» ausruft:

«Frankreich muß unbedingt Gegendampf geben. Wir müssen den Mut haben, den Amerikanern zu sagen: Halte-là! Wir gehen nicht mehr mit euch, unser Weg ist das freie, unabhängige Europa ... Nein, Herr Moch, Sie können den Amerikanern nicht begreiflich machen, daß die Wiederbewaffnung Deutschlands ein Schimpf für unsere Toten ist, denn die deutsche Wiederaufrüstung war ja schon im Atlantikpakt enthalten, wie der Keim im Ei. Wir haben zuviel gelitten, wir haben zu viele Wunden zu verbinden. Strecken wir darum eine brüderliche, helfende Hand aus. Schaffen wir ein freies, unabhängiges Europa. Heraus aus den reaktionären Geleisen, auf denen uns jetzt Lake Success und Straßburg führen!»

**Gespräch zu vieren!** Und solche Stimmungen — die mehr als bloße Stimmungen sind — bleiben keineswegs auf Frankreich beschränkt. Die verhältnismäßige Geschlossenheit, mit der sich an den Gewerkschafts- und Labourparteikongressen die Delegierten jeweilen hinter «ihre» Regierung stellen (man weiß ja, wie das zugeht), darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß man auch in England die tödliche Gefahr zu sehen beginnt, in der die Nation angesichts der sturen Kriegsrüstungspolitik der ganz von Amerika abhängig gewordenen amtlichen Kreise schwebt. Daß das italienische Arbeiter- und Bauernvolk, so gern es sich die Marshallhilfe gefallen läßt, in seiner Mehrheit die atlantische Ausrichtung des Regierungskurses ablehnt und im Kriegsfalle mindestens passiven Widerstand dagegen leisten würde, steht für mich ebenfalls fest. Und wie sehr in Westdeutschland — o Wunder! — eine geradezu antimilitaristische Strömung besonders beim jüngeren Geschlecht und in kirchlichen Kreisen überhand nimmt, das bezeugen uns allmählich so viele und so achtbare Stimmen, daß man wohl annehmen muß, auch die politischen Parteien und sogar die Regierung werde diese Bewegung

bei ihrer «Landesverteidigungspolitik» in Rechnung stellen müssen<sup>4</sup>.

In diese psychologische Lage hinein kommt nun der russische Vorschlag, die Außenminister der «vier Großmächte» (zu denen Indien und China natürlich nicht gehören . . .) zu einer Konferenz zu vereinigen, an der vor allem die deutsche Frage im Hinblick auf eine dauernde Entwaffnung Deutschlands erörtert werden solle. Natürlich hat im Westen sofort wieder das übliche Geschrei angehoben: «Obacht! Moskowitisches Propagandamanöver! Heimtückischer Versuch, die westliche Verteidigungsfront zu sprengen! Also: Hände weg — und nun erst recht aufgerüstet!» Aber hieße es nicht, eine vielleicht letzte Gelegenheit, dem schicksalhaften Weitertreiben in den Kriegsstrudel Halt zu gebieten, schuldhaft ausschlagen, wenn die Westmächte den russischen Vorschlag nur dazu benützen, um durch unmögliche Gegenvorschläge die Verantwortung für ein Nichtzustandekommen oder Scheitern der Konferenz scheinbar den Sowjets zuzuschieben? «Wenn der wirkliche Einwand gegen eine Außenministerkonferenz», so schreibt der «New Statesman» sehr richtig, «der ist, daß sie unsere Pläne für die Wiederbewaffnung der Deutschen aufhalten, dann ist es Zeit, wir stellten das Gerede von einem russischen Propagandaturk ein und gäben offen zu, daß wir nicht länger mehr irgendwie die Absicht haben, auch nur zu versuchen, die deutsche Frage durch Verhandlung zu regeln. Wir sollten dann ankündigen, daß wir, einerlei, ob nun die Russen bereit sind, ihre 18 Millionen Deutsche zu demilitarisieren oder nicht, mit der Remilitarisierung unserer 42 Millionen vorwärts machen. Wenn das wirklich die Meinung Bevins und Shinwells wie auch Attlees ist, dann bleibt die Last einer Weigerung, über Deutschland zu verhandeln, unweigerlich auf England und Frankreich liegen.»

Gewiß hat die Sowjetunion ihren Konferenzvorschlag in voller Kenntnis der Gegensätze gemacht, die sich in der westlichen Welt über dem Problem der deutschen Aufrüstung aufgetan haben. Aber das heißt nicht, daß die Russen nun bösartig diese Gegensätze dazu ausnützen wollten, die Westmächte an der wirksamen Verteidigung gegen einen Angriff des Ostblocks zu verhindern. Eine solche Deutung des russischen Schrittes setzt voraus, was erst zu beweisen wäre und nicht bewiesen oder auch nur glaubhaft gemacht werden kann: daß die russische Außenpolitik wirklich auf Angriff und Eroberung eingestellt sei. Wenn dem so wäre, dann müßte man sich billig fragen, warum die Sowjetunion ihr Expansionsunternehmen nicht jetzt ins Werk setzt, wo die Rote Armee nach dem eigenen Zeugnis des Westens imstande wäre, Deutschland und Frankreich in verhältnismäßig kurzer Zeit zu überrennen. Warum tut sie es nicht? Warum gibt sie den Westmächten mit offenen Augen die Frist, die

---

<sup>4</sup> Daß die offizielle Kirchenpolitik vom Militärglauben noch keineswegs losgekommen ist, zeigt die jüngste Kundgebung des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, die von Pfarrer Niemöller abrückt und den Gemeinden empfiehlt, sich in der Aufrüstungsfrage nicht gegen den Willen des Volkes zu stellen. Der Wille Gottes scheint hier Nebensache zu sein.

sie so heiß begehrten, um ihre militärische Schlagkraft auf die Höhe der ostmächtlichen zu bringen? Etwa aus Angst vor der Atombombe? Die haben sie auch, mindestens mit einer Wirkungskraft, die ausreichte, um England, den «unversenkbarer Flugzeugträger Amerikas», und die mutmaßlichen Landungshäfen einer amerikanischen Armee in Westeuropa zu zerstören. Und dann namentlich: Atombombenangriffe auf ihr eigenes Land müßten die Russen auch bei einem späteren Angriff auf den Westen gewärtigen, und dazu stünde ihnen dann eine westliche Bodenarmee gegenüber, die auf alle Fälle bedeutend stärker wäre als alles, was die Westmächte heute gegen einen russischen Einbruch aufzubieten hätten.

Nein, die Frage bleibt: Warum führt die Sowjetunion die Drohung, die, wie das gedankenlose Gerede unter uns beständig geht, ihre Armee für die «freien Völker» darstelle, nicht in dem letzten günstigen Zeitpunkt aus, der sich ihr bietet? Warum hat sie ihr Eroberungsprogramm nicht schon längst ausgeführt, zum Beispiel bei Kriegsende, als der Roten Armee sozusagen ganz Mittel- und Westeuropa offen dalag? Warum läßt sie die Gegensätze im westlichen Lager über Deutschland nicht einfach weiterwachsen und Amerika sich noch tiefer in Europa verbeißen, anstatt eine Lösung der deutschen Frage zu suchen, die Amerika in Europa freimachen und ihm erlauben würde, seine ganze Kraft — im Sinne eines MacArthur und seiner Schule — auf Asien zu werfen, wo der Kommunismus seine größten Ausbreitungsmöglichkeiten hat?

**Unsere Hoffnung** Die Antwort, die dem Schreibenden beim Durchdenken dieser Fragen immer wieder zuteil wird, ist einfach die: Den Sowjetführern ist es wirklich nicht darum zu tun, ihre eigenen Völker und die übrige Welt in Kriegsfurcht zu halten oder hinterhältig die westlichen Nationen von ihrer Verteidigung gegen einen kommenden Angriff aus dem Osten abzulenken. Sie wissen vielmehr, daß es die dem Kommunismus feindlichen Staaten waren, die seit einem Menschenalter auf Intervention und Angriff nicht nur sannen, sondern sie auch ausgeführt haben. Und sie fürchten ehrlich — wofür sie in ihrer Soziallehre auch die Begründung gefunden zu haben glauben —, daß sich die Kriegskräfte der kapitalistisch-imperialistischen Welt früher oder später in einem neuen, schwersten Ausbruch gegen die jungen revolutionären Staaten entladen werden. Sie fürchten namentlich, daß die fiebervolle Aufrüstung der Westmächte und die geplante Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu einer abermaligen Kriegskatastrophe führen werde. Sie sehen, daß auch in den westeuropäischen Völkern ähnliche Befürchtungen herrschen, ja daß die slawischen Nationen vor einer ostdeutschen Armee nicht weniger Angst haben als die Franzosen und Engländer vor einer westdeutschen, und wären darum nur zu gern bereit, die Anfänge einer ostdeutschen Remilitarisierung rückgängig zu machen, wenn sie nur die Sicherheit haben könnten, daß dann nicht die ostdeutsche Republik wehrlos dem Westen ausgeliefert wäre.

Wird also das Gespräch mit den Russen in Gang kommen? Im Augenblick, da wir schreiben, ist noch nichts entschieden. In England und besonders in Frankreich scheinen die Regierenden, auf die Volksstimung Rücksicht nehmend, nicht von vornherein nein sagen zu wollen. Aber wie stellen sich die Vereinigten Staaten, auf die es vor allem ankommt? Der Rechtsruck, den die jüngsten Wahlen zur amerikanischen Bundesversammlung gebracht haben, gibt keine eindeutige Wegleitung. Auf der einen Seite ist die antikommunistisch-rückschrittliche Strömung durch die starken Gewinne der Republikaner unzweifelhaft weiter gestärkt worden, was eine grundsätzliche Abkehr vom gegenwärtigen Kurs der amerikanischen Außenpolitik von vornherein ausschließt. Anderseits scheint aber bei den Wahlen eine gewisse neutralistische Strömung im Volke zum Ausdruck gekommen zu sein, in dem Sinne, daß sich Amerika so wenig als möglich in «fremde Händel» einmischen solle, wenigstens in die Händel der Europäer, und sich statt dem besser der Entwicklung seiner Beziehungen mit Asien widmen würde, wo die wirkliche Zukunft Amerikas liege. Schon während des letzten Krieges hat Walter Lippmann<sup>5</sup> die Amerikaner gewarnt, den Grundsatz jeder gesunden Außenpolitik aus den Augen zu verlieren, daß ein Land keine stärkeren internationalen Verpflichtungen eingehen dürfe, als seiner Fähigkeit entspreche, diese Verpflichtungen mit seinen staatlichen Machtmitteln auch wirklich zu erfüllen. Und er verlangte darum mit Nachdruck, «daß es unser Bestreben sein muß, eine Ordnung zu schaffen, die keine dauernde militärische Intervention Amerikas in Europa erfordert... Eine Ordnung, die nur durch eine gegen Rußland gerichtete amerikanische und britische Besetzung Europas aufrechterhalten werden könnte (an eine Wiederbewaffnung Deutschlands dachte Lippmann damals überhaupt nicht. H. K.), würde unausweichlich zu einem dritten Weltkrieg in Europa und Asien führen.» Ist jetzt der Augenblick gekommen, da Amerika aus dieser Erkenntnis den rechten Schluß ziehen und sich mit Rußland trotz allem an den runden Tisch setzen wird?

Wie dem auch sei: Erwarten wir überhaupt nicht zuviel von diplomatischen Konferenzen und Regierungsbeschlüssen als solchen. Hoffen wir um so mehr auf das Walten der wirklichen Bewegungskräfte, die aus der Höhe und von der Tiefe her die Menschengeschichte gestalten. Suchen wir das oft verborgene Wirken dieser Kräfte immer besser zu verstehen. Und bemühen wir uns besonders, den Widerstand der Völker gegen das namenlose Unheil zu wecken, das ihnen aus der Beharrung auf einem radikal falschen Weg droht —, dann werden auch die Diplomatenkonferenzen und Regierungsbeschlüsse, ohne die es freilich doch nicht geht, von selbst auf diejenige Bahn gedrängt werden, auf der unsere Rettung und unser Heil liegen.

14. November 1950.

Hugo Kramer.

<sup>5</sup> In seinem Buch «Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten».